



SCHWEIZERISCHES KONSULAT
KÖLN

26
13. Juli 1949.

KÖLN-Marienburg, den
Goethestrasse 66
Telephon: 5 10 22
Postscheck: 607 39
Telegramm-Adresse: Swissconsul Köln
Sprechstunden: 10-12 Uhr
ausser Samstag.

Unser Ha 1 - vW/Ba.
Ihr p.

M. T. Lehmann
am 26.7.49

Nach p. H. 21.31. H (Köln)
p. B. 58.12. H.

Herr Minister,

Auf der regelmässigen Konferenz der Militärgouverneure der Doppelzone mit den acht Länderchefs am 1. Juli stellten die Gouverneure in einer Erklärung fest, dass die Situation in der Frage des zukünftigen Bundessitzes "unwürdig" sei. Die Militärgouverneure verwiesen darauf, dass sie ja auch entsprechende umfangreichere Vorbereitungen treffen müssten. Diese Stellungnahme war vielleicht der letzte Versuch, den Beschluss des Parlamentarischen Rates über den Bundessitz zu Gunsten von Frankfurt umzuwerfen. Denn andernfalls hätten sie sich einfach auf den Standpunkt stellen müssen, Bonn sei zur Bundeshauptstadt gewählt und damit ein fait accompli geschaffen worden.

Am 6. Juli tagten darauf die Länderchefs der drei Westzonen in Schlangenbad in einer öffentlichen Sitzung. Die Öffentlichkeit wurde gewählt, weil, wie der Hamburger Bürgermeister Brauer sagte, im Zusammenhang mit dieser Konferenz über die Frage des Bundessitzes "so viele schiefe Darstellungen" erschienen seien. Ministerpräsident Arnold von Nordrhein-Westfalen (CDU) forderte, dass über die Frage des Bundessitzes nicht mehr debattiert werden solle. Der Parlamentarische Rat hätte mit demokratischer Mehrheit entschieden. Weder die Ministerpräsidenten, noch der Überleitungsausschuss seien berechtigt, diesen Beschluss abzuändern. Wenn der Bundestag es später verantworten könne, den Beschluss abzuändern, dann könne er es tun. Professor Carlo Schmid (SPD) schloss sich den Ausführungen Arnolds an. Auch die Sozialdemokraten, sagte er, seien der Meinung, dass nur Bundestag den bisherigen

An das
Eidgenössische Politische Departement,
Politische Angelegenheiten,
B e r n

Jeder Anfrage ist Rückporto beizufügen.
In einem Brief nur eine Angelegenheit behandeln.

Beschluss abändern könne. Der Begriff "vorläufig" im Zusammenhang als Bundessitz sei im Hinblick auf Berlin aufzufassen. Jakob Kaiser (CDU) erklärte, die Entscheidung für Bonn sei nirgendwo in Deutschland mit mehr Sympathie aufgenommen worden als in Berlin. Bonn würde nie Anspruch darauf erheben, endgültige Bundeshauptstadt zu sein, was bei Frankfurt jedoch zu befürchten sei. Diese Auffassung hatte übrigens seiner Zeit bei der Abstimmung im Parlamentarischen Rat manchen Abgeordneten, der an sich mehr für Frankfurt als für Bonn eingestellt war, schliesslich doch bewogen, seine Stimme für Bonn abzugeben.

Zwei Tage nach der Tagung in Schlangenbad trafen bereits die künftigen Hohen Kommissare Amerikas und Englands, Mc Cloy und General Robertson, in den frühen Morgenstunden in Bonn ein, um die Unterbringung ihrer Stäbe im Bonner Raum zu prüfen. Später erschien auch der stellvertretende französische Militärgouverneur, General Noiret, als Vertreter des künftigen französischen Hohen Kommissars Francois-Poncet, in Bonn. Die alliierten Vertreter veröffentlichten zwei Tage darauf ein Kommuniqué, das die Grenzen des besatzungsfreien Raumes um Bonn bekanntgab und Vorbereitungen zur Aufnahme der alliierten Hohen Kommission festlegte. Es werden sofort Unterkünfte und Nachrichtenverbindungen für die alliierten Stäbe der Hohen Kommissare eingerichtet. Für den Luftverkehr der Bundeshauptstadt ist der Flugplatz Wahn Köln vorgesehen. Die verwaltungsmässigen Vorbereitungen sind einem kleineren alliierten Stab übertragen worden. Die Grenzen des besatzungsfreien Gebietes verlaufen entlang der Sieg von der Mündung bis zur Brücke über die Autobahn Frankfurt-Köln, von dort südlich bis zur französischen Zonengrenze auf beiden Seiten des Rheines, dann nördlich längs der Bahn bis an die Bonner Stadtgrenze nördlich von Duisdorf und bis zur Stadtgrenze am Rhein. Die Stadt Bonn soll vor allem den deutschen Behörden vorbehalten sein. Der Sitz des alliierten Hauptquartiers ist vorerst das Hotel Petersberg auf dem gleichnamigen Berg in der Nähe von Königswinter. In diesem Hotel wohnte bekanntlich 1938 der britische Premier Chamberlain während seiner

Besprechung mit Hitler in Godesberg. Später soll dieses Hotel als Residenz des britischen Hohen Kommissars dienen.

Nachdem nunmehr der Streit um den vorläufigen Bundessitz beendet ist, gehen die Bauarbeiten in Bonn in noch stärkerem Masse als bisher vor sich. Fieberhaft werden die Erweiterungsarbeiten an der im Jahre 1932 gebauten Pädagogischen Akademie in Bonn vorangetrieben. Die zweckmässige und helle Raumgestaltung des Hauses, das vorläufig das Parlament der zukünftigen Bundesrepublik beherbergen soll, wird von den Politikern immer wieder gelobt. Der nach Süden gelegene Plenarsaal, in dem die 450 Abgeordneten des Bundestages zusammenkommen werden, ist etwa 1000 Quadratmeter gross und damit um 30 Prozent grösser als der Plenarsaal des ehemaligen Reichstages. Die Bauweise und Ausgestaltung beruht auf den modernsten Erfahrungen. In die Decke sind schallschluckende Kästen eingebaut. Tagsüber sorgen grosse Doppelfenster für das nötige Licht. Leuchtstoffröhren ersetzen die Tischbeleuchtung. 200 Plätze im Parkett und 300 auf der Tribüne sind für Presse und Gäste vorbehalten. Zwischen Wandelhalle und Plenarsaal sind sechs Rundfunkreporterzellen eingebaut. Der Saal verfügt über Mikrophon- und Verstärkeranlage, Magnetophon-, Aufnahme- und Wiedergabeeinrichtung. Eine Klima- und Belüftungsanlage reguliert die Innentemperatur.

Am vergangenen Samstag war ich im Parlamentarischen Rat, und am darauffolgenden Sonntag hatte ich Gelegenheit, mit Herrn Dr. Adenauer anlässlich der Verlobung seiner jüngsten Tochter - die mich seit Jahrzehnten als "Pflegevater" betrachtet - mit Herrn Werhahn, wohl einer der reichsten Grossindustriellen des Rheinlandes, eine längere Unterredung zu führen über die nunmehr "vorläufig" endgültig erfolgte Wahl Bonns als Bundeshauptstadt. Wie aus seinen in der beiliegenden Mappe sich befindlichen Auslassungen zu entnehmen ist, ist er über diese von Frankfurt aus entfachte Kontraverse geradezu empört. Er kann überhaupt nicht verstehen, dass gerade die Sozialdemokraten sich über die einfachsten parlamentarischen und demokratischen

Grundsätze hinwegsetzen. Dass der Bundestag die Möglichkeit hat, später unter Umständen Frankfurt als Bundeshauptstadt zu bestimmen, kann formell allerdings zugegeben werden. Aber nachdem so grosse Summen für die Unterbringung der Bundesregierung und des Bundestages in Bonn investiert worden seien, ist es seiner Ansicht nach selbstverständlich, dass an den vollzogenen Tatsachen nichts mehr geändert wird. Von Herrn Adenauer hörte ich nach seiner am Tage vorher stattgefundenen Unterredung mit dem Hohen britischen Kommissar, General Robertson, die Bestätigung folgender Angaben über die beabsichtigte Unterbringung der Bundesregierung in Bonn.

Zwischen Rhein, Kaiserstrasse und der Universität wird sich das eigentliche Regierungsviertel befinden. Das Bonner Stadthaus soll der Sitz des Innen- und Justizministerium werden. Der kurz vor der Vollendung stehende Neubau der Finanzverwaltung an der Rheindörferstrasse nimmt das Finanzministerium auf. Die daneben liegende Polizeischule ist für das Arbeits- und Sozialministerium vorgesehen. Der Landwirtschaftsminister wird mit seinem Stab in die Landwirtschaftskammer in der Endenicher Allee einziehen; das zurzeit noch dort untergebrachte Landesernährungsamt wird in Kürze nach Düsseldorf verlagert werden. Das Wirtschaftsministerium findet in der Troilo-Kaserne in Bonn-Düsseldorf Aufnahme. Der Bundespräsident wird seinen Sitz im Palais Schaumburg in der Koblenzerstrasse (früher die Residenz einer Schwester des Kaisers Wilhelm II.) haben, während das alte kurfürstliche Schloss Brühl ihm zu Repräsentationszwecken zur Verfügung gestellt werden wird. Der französische Hohe Kommissar wird sein Quartier auf Schloss Ernich - oder wie es jetzt heisst Haus Ernich - das der Familie Guilleaume (von der Firma Felten & Guilleaume) gehört, oberhalb Remagen, also in der französischen Zone, aufschlagen; der Bundeskanzler wird sich im Museum König einrichten. Auch die Länderregierungen wollen sich in Bonn ansiedeln. Die Sozialdemokratische Partei will ihr Hauptquartier in Bonn-Friesdorf aufschlagen. Über den Sitz der Hohen Kommissare ist bisher noch keine endgültige Entscheidung gefallen.

Die rund dreissig Auslandsvertretungen können nur zum Teil in Bonn untergebracht werden. Der Rest wird sich in Köln-Rodenkirchen und Köln-Marienburg, den beiden Bonn am nächstgelegenen Kölner Stadtteilen, einrichten. Wie der Ministerpräsident Arnold in einer grossen Pressebesprechung bekanntgab, sind 38 Millionen DMark als Finanzbedarf für die Arbeiten in Bonn berechnet worden. Davon seien 15,5 Millionen von den zuständigen Körperschaften bereits zur Verfügung gestellt worden. Bis jetzt sei von diesen 15,5 Millionen DMark noch nicht ein Fünftel verausgabt worden. Bis zum ersten November wird die neue Bonner Rheinbrücke fertig gestellt sein. Eine moderne Zubringerstrasse zur Autobahn Frankfurt-Köln wird in Kürze für den Verkehr freigegeben werden. (Bilder des Baues dieser Brücke, sowie der verschiedenen in diesem Bericht genannten Gebäulichkeiten sind beigelegt).

Um allen Anforderungen an die Fernsprechämter gerecht zu werden, will man die 32 Fernschränke in Bonn auf 52 vermehren und ein zusätzliches Fernkabel zwischen Köln und Bonn legen. Das bedeutet eine Verdoppelung der bisherigen Sprechmöglichkeiten. Über eine Verbindung mit der Relaisstation auf dem Ölberg kann man dann aus dem Bundesgebäude auch drahtlos telefonieren. Alle an das Fernschreibnetz angeschlossenen Behörden und Firmen des In- und Auslandes können von dort aus unmittelbar gewählt und angeschrieben werden. Auch wer Bilder telegraphisch übermitteln will, hat dazu je nach Lage der Gegenstationen die Möglichkeit. Die Eisenbahndirektion ist ebenfalls bemüht, im allgemeinen Wettbewerb um die Bundeshauptstadt konkurrenzfähig zu bleiben. Die 64 D-Zug-Paare, welche Köln berühren (in Frankfurt sind es 53) werden durch Kurswagen an die Bundeshauptstadt angeschlossen. Der Bahnhof von Bonn wird modernisiert.

Zum vorläufigen diplomatischen Vertreter Italiens in Deutschland ist der Gesandte Francesco Babuscio Rizzo vorgesehen. Er soll in etwa einem Monat nach Bonn abreisen. Wahrscheinlich wird er den Titel Geschäftsträger führen. Rizzo war zuletzt in Irland, zählt zu den fähigsten italienischen Diplomaten und ist

als deutschfreundlich bekannt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner
ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul

Mein

Anlagen